

Foto: Ronald Friedmann



## Die Chance kommt nie wieder ...

### Lothar Bisky in Dortmund

[...]

Zwei ganz unterschiedliche politische Ereignisse – Prag 1968 und der 11. September 1973, der Militärdictator in Chile – haben in meiner Biografie eine Frage hinterlassen, die mich bis heute nicht los lässt: Wie kommt man auf demokratischem Weg zum Sozialismus? Diese Frage hat mich auch 1989 in die Politik gebracht. Sie ist für mich ein Motor, um die Gründung einer gesamtdeutschen linken Partei konsequent zu verfolgen. Diese Frage ist ein Stück europäische Geistesgeschichte, und im 21. Jahrhundert besonders interessant und aktuell. Diese Frage begründet die PDS 1989/90, und wir werden sie mit der Bildung einer neuen Partei nicht zu den Akten legen!

Wir haben uns für die Anerkennung der Lebensleistungen und Lebenserfahrungen Ostdeutscher eingesetzt, und genau dazu gehörte für uns der unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus als System! Wir haben die runden Tische von 1989 und die Arbeitskämpfe in Bischofferode ernst genommen. Wir waren für die Existenz unserer Partei im Hungerstreik. Wir haben um die Überlebensfähigkeit einer demokratisch-sozialistischen Partei in Deutschland gekämpft. Der Beharrlichkeit der älteren Genossinnen und Genossen haben wir die Existenz unserer Partei zu danken. Gemeinsam haben wir Wahlniederlagen durchlitten und Erfolge gefeiert. Das Motto hieß von Anfang an »Kopf hoch, nicht die Hände.« Wir gehen als demokratische Sozialistinnen und demokratische Sozialisten in die neue Partei. Das ist das Fazit unserer Geschichte. Das ist der Kern unserer Identität.

[...]

Häufig werden linke Alternativen oberflächlich als sozialistische Regulierungswut abgetan. ... Was hat eine moderne Familienpolitik, was haben Bildungsfragen und Schutzrechte für Beschäftigte

eigentlich mit Regulierungswut zu tun? Weshalb sind Rüstungskontrolle, Begrenzung von Schadstoffen, die Entschuldung der Ärmsten politisch so heiß umkämpfte Projekte?

[...]

Ich erlebe durchaus, dass sozialistische Ideen überall dort an Attraktivität gewinnen, wo sie so verstanden werden, dass Menschen ihr Leben in die eigenen Hände nehmen. Das gilt auch für solch entscheidende Fragen, wohin die Reise in Europa geht. ... Mit einiger Überraschung fand das Statistische Bundesamt im Datenreport 2006 heraus, dass 74 % der Ostdeutschen und 48 % der Westdeutschen mit dem Sozialismus als Idee etwas anfangen können. Gleichzeitig sanken die Zustimmungswerte in Ost und West gegenüber dem Zustand der Demokratie in der Bundesrepublik. Unverändert hoch hingegen liegen die Zustimmungen zur demokratischen Idee, in West und in Ost. Zugleich äußern sich 92 % der Ostdeutschen und 82 % der Westdeutschen positiv zum Sozialstaat.

[...]

Genossinnen und Genossen, in unserer Partei haben manche Sorge, dass der demokratische Sozialismus in der neuen Partei seinen identitätsstiftenden Charakter verliert. Ich sehe weder bei unseren Gründungsdokumenten, noch in den Debatten außerhalb unserer Partei, ich sehe nirgends, dass der demokratische Sozialismus auf die rote Liste der bedrohten Arten gerät. Wir sollten heute folgendes bedenken: So, wie für viele von uns der reale Sozialismus prägende Lebensgeschichte ist, so war es der westdeutsche Sozialstaat für viele der neuen Mitglieder der Linken. Doch es gibt zu beidem kein Zurück. Was Sozialismus im  
(weiter auf Seite 2)

### In dieser Ausgabe

Urabstimmung  
Seite 2

Kreisdelegierten-  
konferenz  
Seite 3

Gen oder Nichtgen  
Seite 4

Weißbuch  
Seite 5

OWUS vor Ort  
Seite 6

Bürgermeister in spe?  
Seite 7

Das ist der Gipfel!  
Seite 8

### Themen der nächsten Ausgabe

1. + 8. Mai

Familienprobleme

Kindertag

## Kinder sind MEHR als Zukunft!

Herzlichen Glückwunsch  
zum Internationalen  
Kindertag.

Redaktionsschluss  
nächste Ausgabe  
23. Mai 2007

## Urabstimmung läuft – für die neue LINKE

Am 30. März begann die Urabstimmung zum Entwurf des Verschmelzungsvertrages und damit für die Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS. Die ersten Briefe an die Mitglieder sind unterwegs. Darin befindet sich der Abstimmungsschein, der nach dem Ausfüllen zuerst in einen Blanko-Umschlag gesteckt und dann in einem weiteren Umschlag abgeschickt wird. Es wird ein datenschutzrechtliches Verfahren gewährleistet.

»Die Durchführung der Urabstimmung wurde vom Parteitag einstimmig beschlossen. Ich werbe für eine sehr hohe Beteiligung unserer Mitglieder und für ein deutliches Ja zur Parteienneugründung«, so Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch. Auf dem Dortmunder Parteitag hatten 96,9 % der Delegierten dem Verschmelzungsvertrag zugestimmt.

An der Urabstimmung können alle Mitglieder der Linkspartei.

PDS teilnehmen, die bis zum 20. April 2007 eingetreten sind. Doppelmitglieder können selbstverständlich in beiden Parteien ihre Mitgliederrechte wahrnehmen und abstimmen.

Die Urabstimmung läuft bis zum 18. Mai um 18 Uhr. Öffentlich ausgezählt werden die Stimmen am 19. Mai ab 9 Uhr im Karl-Liebknecht-Haus. Für die Beteiligung an der Urabstimmung gibt es kein Mindestquorum. Für eine positive Entscheidung reicht eine einfache Mehrheit der Ja-Stimmen.

Dietmar Bartsch  
Bundesgeschäftsführer



Foto: Ronald Friedmann

Europa des 21. Jahrhunderts heißen kann, müssen wir uns gemeinsam erarbeiten. Jetzt ist Gelegenheit, eine neue demokratisch-sozialistische Tradition zu begründen und ich finde, wir haben damit schon begonnen. Jetzt können wir die Erfahrungen aus beiden Systemen zusammenbringen, werten und bewahren, auf einer Augenhöhe.

Es ist nicht selbstverständlich, dass jede und jeder, die bei der neuen Linken mitmachen, sich als demokratische Sozialistin oder als demokratischer Sozialist verstehen. Das ist nicht selbstverständlich. Wir sollten aber wissen, was schon aufkommende Keime von Intoleranz in unseren Reihen anrichten können. Pluralität gibt es nur als Pluralität für Andersdenkende auch in den eigenen Reihen. So wie wir unsere Herkunft verteidigen und da schließe ich namentlich auch jene ein, die seit vielen Jahren im Westen für die PDS standen, so sollten wir respektieren, dass andere, die sich jetzt der neuen Linken anschließen, aus anderen Traditionen kommen.

[...]

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir im Juni die neue Partei gegründet haben, dann ist ein Versprechen eingelöst, dass wir unseren Wählerinnen und Wählern gegeben haben. Ihre Erwartungen und Hoffnungen aber bleiben. Die weitaus schwierigere Aufgabe liegt vor uns. Auf dem Wege von Dortmund nach Berlin gibt es keine Ausrede mehr. Es muss mit aller Kraft darum gehen, an politischen Mehrheiten für eine andere Politik, für eine bessere Gesellschaft zu arbeiten.

• Wir setzen der großen Koalition deutliche Stoppzeichen überall dort, wo sie ihre parlamenta-

rische Übermacht nutzt, um Politik gegen den erkennbaren Mehrheitswillen der Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen. Weder für militärische Abenteuer noch für die weitere Umverteilung von der Arbeit zu den Aktionären gibt es eine Mehrheit in Deutschland. Das müssen und werden wir immer wieder deutlich machen.

• Keine weitere Verstrickung in die amerikanische Kriegslogik – Truppenabzug statt Tornados! Kein neues Wettrüsten mit Raketenabwehrsystemen der USA in Europa!.

• Schluss mit weiterem Abbau sozialstaatlicher Sicherheiten! Schluss mit Steuergeschenken an Unternehmen!.

• Wir pochen entschieden darauf, dass die große Koalition gesellschaftliche Aufgaben ernst nimmt, statt ihre Lösung in koalitionsinternen Profildebatten zu verschlafen.

• Wir treten dafür ein, dass im Westen aufgebaut wird, was die ostdeutschen Kommunen längst finanzieren: flächendeckende Angebote an Kinderkrippen- und -tagesplätzen. Die Vereinbarkeit von Kindern, Familie und Beruf ist keine Privatangelegenheit von Müttern und Vätern, sondern eine öffentliche Aufgabe.

• Dieses Land braucht einen Durchbruch in der Klima- und Energiepolitik, eine Wende in der Investitionspolitik der Energieunternehmen. Eine Umlenkung der Mittel in der Forschungs- und Industriepolitik weg von den Kohlenwasserstofftechnologien ist dringend notwendig. Und wir benötigen verbraucherfreundliche Förderprogramme Umstieg. Klima- und Energiepolitik darf nicht zu neuen sozialen Spaltungen und Ausgrenzungen führen.

• Wir bleiben dabei: der wirtschaftliche Aufschwung muss bei allen ankommen. Er darf soziale Spaltungen nicht vertiefen, sondern muss genutzt werden, um soziale Klüfte zu verkleinern.

• Deshalb setzen wir auf den gesetzlichen Mindestlohn und die öffentlich geförderte Beschäftigung.

[...]

Damit die Parteienneubildung gelingt, ist es wichtig zu wissen, wo unsere Wurzeln, unsere Erfahrungen, die offenen Fragen und unsere Erfolge sind. Deshalb gehört eine Vergewisserung darüber nicht nur zu diesem Parteitag, sondern auch in den notwendigen Austausch, in die Politikentwicklung der neuen Partei.

Wir haben die offenen Fragen in den Eckpunkten nicht formuliert, weil wir so unentschieden oder wankelmütig sind. Die Linken brauchen die plurale Debatte ohne Denkverbote und mit einem großen Bildungsanspruch an uns selbst. Was neu an der neuen Linken ist, diese Frage werden wir täglich beantworten müssen. Einen pluralen Dialog kann man lernen.

Mit dem festen Blick auf die Parteienneubildung am 16. Juni habe ich mir vorgenommen, meine ausgleichenden Talente und meine störrische 120 % PDS-Identität in die Waagschale zu werfen. Ich werde als Vorsitzender für die neue Partei kandidieren und ich wünsche mir dabei Eure Unterstützung.

Wir müssen ... zu einem guten Ergebnis kommen. Die Chance, die wir haben, kommt nie wieder. Also nutzen wir sie! Danke.

# Kreisdelegierte verabschieden einstimmig Kommunalpolitische Leitlinien



Einstimmig war das Abstimmungsergebnis der Delegierten zu den Kommunalpolitischen Leitlinien für unsere Kommunalpolitiker im Landkreis Märkisch Oderland.

Die Delegierten fanden sich am 31. März im Kulturhaus Seelow zur 2. Tagung der 8. Kreisdelegiertenkonferenz, um die kommunalpolitischen Leitlinien für die Arbeit unserer Kommunalabgeordneten in Märkisch Oderland zu beraten und schließlich zu beschließen. Bis zur letzten Minute wurde an den Leitlinien gearbeitet, die im Vorfeld von

Lutz Amsel ausgearbeitet und zur Diskussion vorbereitet wurden. Nach anfänglicher Zurückhaltung kamen in den letzten Wochen noch von zahlreichen Genossen Anmerkungen und Änderungsvorschläge, wodurch die Leitlinien optimal ergänzt und ausgebaut wurden. Während der Kreisdelegiertenkonferenz gab es wenig Diskussion und keine kritischen Worte zum vorliegenden Entwurf. Dafür weitere sinnvolle Hinweise und Änderungsvorschläge von einzelnen Delegierten, die überwiegend mitgetragen wurden.

Es wurde deutlich, dass allen bewusst ist, wie wichtig und bedeutsam die Leitlinien für unsere kommunalpolitische Arbeit sind. Wir wollen in den Kommunen und im Kreis agieren und nicht nur zuschauen.

Als starke Partei in Märkisch Oderland müssen wir auch als eine Partei, egal in welcher Gemeindevertretung, einheitlich und mit klaren Vorstellungen und Forderungen uns einbringen. Dazu dienen die kommunalpolitischen Leitlinien. Sie sind Leitlinien für die tägliche, überwiegend ehrenamtliche Arbeit in und mit der Kommune und noch kein Wahlprogramm für die Kommunalpolitik 2008. Nach einem Jahr sollten wir prüfen, inwiefern und mit welchem Ergebnis die Leitlinien auch in der täglichen Arbeit der Kommunalpolitiker umgesetzt werden konnten.

Im Zeitraum bis zur Beschlussfassung haben federführend Lutz Amsel und die Redaktionskommission eine hervorragende Arbeit geleistet.

*Marco Büchel,  
Vors. des Jugendausschusses der  
Stadt Bad Freienwalde*

## Schönbohm in die Wüste!

In Potsdam vereinigte sich der Jugendverband [‘solid] mit der Jungen Linken.PDS und weiteren freien Akteuren – und feierte das mit einer Soli-Party für Flüchtlinge.

»Wir wollen Jörg Schönbohm in die Wüste schicken, die Ndemus und hunderte andere Flüchtlinge in Brandenburg sollen hierbleiben«, erklärte Katharina Dahme, Landesvorsitzende des linksparteinahen Jugendverbandes [‘solid]. »Im Gegensatz zu dem alten General stellen sie eine Bereicherung für Brandenburg da. Schönbohms Gerede von einer nötigen besseren Integration von AusländerInnen ist leicht zu durchschauen – wenn er kann, schiebt er Menschen, die nicht in sein leitkulturell geprägtes Brandenburgbild passen, ab. Die Folgen für die Betroffenen sind ihm dabei egal.« Die systematische Ausgrenzung von Flüchtlingen ist nur eines der Probleme, denen sich ein

neuer Jugendverband stellen wird, der sich jüngst in Potsdam gründete. Auch den Kampf gegen Nazis und rechtsextremses Gedankengut, für eine bessere Ausbildungs- und Studiensituation sowie das Eintreten für eine kulturelle Offensive von links haben sich die Jugendlichen aus ganz Brandenburg auf die Fahnen geschrieben. Martin Günther vom [‘solid] Landesvorstand erklärte dazu: »Die Liste der Probleme, mit denen Jugendliche und junge Erwachsene in ihrem Alltag in Brandenburg zu kämpfen haben, ist lang. Immer mehr ziehen daraus die Konsequenz, das Land zu verlassen. Wir aber wollen verhindern, dass Brandenburg zum Biotop nur für Wölfe und Trachtengruppen wird. Wir wollen, dass junge Menschen eine Perspektive haben, hier ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Um das zu erreichen«, so Günther weiter, »bündeln wir die vorhan-

denen Kräfte von [‘solid], der Jungen Linken.PDS sowie verschiedener freier Akteure. Wir gehen mit der Neugründung des Jugendverbandes sogar einen Schritt weiter, um ein attraktives, konsequent linkes und sozialistisches Jugendprojekt zu schaffen, dass weitere junge Menschen zum Mitmachen begeistert. Wir werden uns nicht auf jugendpolitische Themen reduzieren lassen – junge Brandenburgerinnen und Brandenburger haben zu vielem eine Meinung, wir werden ihnen Gehör verschaffen! So werden wir in Zukunft gemeinsam nicht nur den größten Brandenburger Jugendverband bilden, sondern auch frischen Wind nach Brandenburg tragen – für eine soziale, antikapitalistische, antifaschistische, feministische und ökologische Alternative! Davon wird auch die Linkspartei.PDS nicht »verschont« bleiben.«

[www.solid-brandenburg.de](http://www.solid-brandenburg.de)



Strausberg

## Natürlich gentechnikfrei

Mit fünf Gegenstimmen und zwei Enthaltungen hat sich die Stadtverordnetenversammlung

Strausberg gegen die Anwendung der grünen Gentechnik auf den Ackerflächen der Stadt ausgesprochen. 23 Stadtverordnete stimmten für eine Beschlussvorlage der Fraktion Alternative Jugend/Grüne, die aber nur Appell-Charakter hat und von der keine Verbote ausgehen. DIE LINKE-Fraktion stimmte mehrheitlich dem Antrag zu.

### Aus dem Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung Strausberg begrüßt den mehrheitlichen Selbstverzicht der Bäuerinnen und Bauern auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen.
2. Bei der Neuverpachtung landwirtschaftlicher Flächen der Stadt Strausberg und bei der Veränderung der Pachtverträge sollen Pächterinnen/Pächter vertraglich verpflichtet werden, auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu verzichten.
3. In städtischen Gemeinschaftseinrichtungen wie Schulen und Kindergärten sollen ausschließlich gentechnikfrei produzierte Nahrungsmittel angeboten und bei der Zubereitung von Essen verwendet werden. Verstärkt sollen ökologisch produzierte Lebensmittel aus der Region in den Kantinen der städtischen Gemeinschaftseinrichtungen sowie bei öffentlichen Veranstaltungen der Stadt berücksichtigt werden.

**Tourismusangebot**  
Strausberg Spitzenreiter beim Genmais.  
Das melden die HOZ am 2. Februar 2007



**Willst du mit nach Strausberg GEN ? NEE** Danke!

# Gentechnikfreie Landwirtschaft gefährdet

## MdB Kirsten Tackmann in der Bundestagsdebatte zum Gentechnikgesetz



Die vorliegenden Drucksachen weisen auf das eigentliche zentrale Problem der Agrogentechnik hin, nämlich dass gesundheitlichen und ökologischen Risiken ein sehr strittiger Nutzen gegenübersteht. [...] Bei der so genannten Koexistenz geht es zum Beispiel darum, mit welchen Maßnahmen man die Auskreuzungen in das Erntegut des Nachbarn verhindern kann. Ich denke zwar, dass es beim Mais andere, wichtigere Verschlep-

pungswege gibt, wie Resterntegut auf dem Acker, Transport- und Verarbeitungswege usw. [...] Wir hatten im Oktober 2006 zu diesem Thema eine Anhörung im Bundestagsausschuss. Einer der Experten war Dr. Rühl von der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft. Er stellte klar, dass für eine Festlegung des Sicherheitsabstands zwischen Feldern, auf denen gentechnisch veränderter Mais angebaut wird, und solchen, auf denen konventioneller Mais angebaut wird, aus seiner Sicht zurzeit noch keine ausreichende Datenbasis verfügbar ist. [...] Die gerade begonnene Studie ist auf fünf Jahre angelegt; wir werden die Ergebnisse also erst 2010 vorliegen haben. Die einzig logische Konsequenz müsste dann doch darin bestehen, im Sinne des Vorsorgeprinzips ein Moratorium zu verhängen, die Feldversuche zeitweilig auszusetzen. [...] Die EU schreibt ausdrücklich vor, dass Auskreuzungen nur dann zulässig sind, wenn sie technisch unvermeidbar oder zu-

fällig sind. Aber wie kann etwas zufällig sein, wenn die Bundesforschungsanstalt klar sagt, dass auch jenseits der 150 Meter mit Auskreuzungen gerechnet werden muss? [...] Der Sicherheitsabstand soll erstens nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen angepasst werden, darf aber zweitens die Nutzung der Agrogentechnik ausdrücklich nicht verhindern. Eine so dreiste politische Vorgabe für wissenschaftliche Untersuchungen habe ich noch nicht erlebt. Aus meiner Sicht wird die seehofsche Koexistenzgarantie damit schleichend zu einer Kontaminationsgarantie. Der SuperGAU, den wir 2006 hatten – dass gentechnisch veränderter Reis aus einem kleinen Versuchsanbau in den USA weltweit Kontaminationen verursacht hat –, muss doch jede Illusion von einer Kontrollierbarkeit zunichte gemacht haben. Die Behauptung, Koexistenz sei auf Dauer möglich, ist daher Etikettenschwindel und Wählertäuschung. Die SPD-Fraktion hat angesichts dieser Situation einen vernünftigen Vorschlag gemacht, den wir unterstützen: Die Bundesregierung soll sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass es möglich wird, gentechnikfreie Zonen, Regionen bzw. Länder einzurichten. [...] *(vollständige Rede unter [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de))*

# Gen oder Nichtgen, das ist die Frage

An die hundert Leute, die diese Frage bewegt, hatten sich in den Abendstunden des 16. März im Klosterdorfer Gemeindezentrum eingefunden. Angekündigt war eine Podiumsdiskussion zum Thema: Was bringt die Agrogentechnik Strausberg und den märkischen Dörfern? Ihr Anliegen: mit Einwohnern, Bauern und Verbrauchern, sowohl Befürwortern als auch Gegnern der »grünen Gentechnik«, aber auch mit Mandatsträgern erneut ins Gespräch zu kommen, deren Meinungen und Argumente kennen zu lernen. Bedauerlich war, dass die Befürworter der Agrogentechnologie sich zu Ihren Motiven kaum äußerten. Der Moderator verwies auf die wirtschaftliche Schiefelage vieler Agrarbetriebe aufgrund der niedrigen Erzeugerpreise. So manche Bauern sind daher bestrebt, auch mit Gen-Mais ihre Produktionskosten niedrig zu halten.

Die lebhafteste Diskussion spiegelt insbesondere die Sorgen von Gegnern der Agrartechnologie wieder: der Bio-Bauern, die ihre Existenz gefährdet sehen; der Imker, die um ihre Bienenvölker bangen; der Verbraucher, die um ihre Gesundheit fürchten... Das dritte Jahr in Folge werden in unserer unmittelbaren Umgebung Felder mit gentechnisch verändertem Mais bestellt. Rechtlich zulässig, obwohl die Agrar-Gentechnologie – noch unzureichend lange erforscht – hohe Risiken in sich birgt. Die Nebenwirkungen für Mensch, Tier und Umwelt zeigen sich erst längerfristig. Wie Berichte aus dem Ausland zeigen, mit verheerenden Folgen. Brandenburg hat eine florierende Bio-Landwirtschaft, die weiterhin große Unterstützung verdient. Brandenburg ist aber zugleich das Land mit der derzeit größten Anbaufläche gentechnisch veränderter Organismen

in Deutschland. Was sich wie ein roter Faden durch die Diskussion zog und worauf vom Podium aus der Vorsitzende des Bauernverbandes, Henrik Wendorf, hinwies: Wir haben zu wenig gesicherte wissenschaftliche Kenntnisse über die Gentechnik und ihre Wirkungen. Der Wissensdurst ist groß. Es gibt im Land zu Fragen der »grünen Gentechnik« sowohl bei Erzeugern landwirtschaftlicher Produkte als auch bei Verbrauchern viel Gesprächsbedarf. Dem sollten DIE LINKE, PDS und ihre Mandatsträger verstärkt Rechnung tragen. Die Veranstaltung in Klosterdorf zeigt, dass Widerstand gegen die Machenschaften der Gentechnik-Konzerne und ihrer Lobby sowie der kulturvolle Umgang von Befürwortern und Gegnern der Agrogentechnik miteinander durchaus vereinbar sind.

Willi Fuhrmeister

## Hartz und kein Ende?!

**In einer Großen Anfrage wollte die Linksfraktion im Bundestag in 125 Fragen wissen, was denn nun nach zwei Jahren Hartz IV herausgekommen sei.**

Beim Vorstellen der so genannten Reform des Arbeitsmarktes hatte ihr Namensgeber vollmundig verkündet, binnen drei Jahren solle die Arbeitslosenzahl von vier auf zwei Millionen gesenkt werden.

Tatsache ist: Sinkende statistische Arbeitslosenzahlen werden um den Preis erkauft, dass der Anteil Beschäftigter in Zeitarbeitsfirmen deutlich zugenommen hat, der Niedriglohsektor angewachsen ist und über so genannte 1-Euro-Jobs die Bilanz bereinigt wird.

Auf viele Fragen fühlt sich die Bundesregierung nicht in der Lage zu antworten. Keine Auskunft gibt es bei der Frage nach der Verdrängung regulärer Beschäftigung durch MAE, dem Anteil von Nichtleistungsbeziehern bzw. zur Anzahl der Personen, die auf Grund des Partner Einkommens keinen Anspruch auf eigenständige Leistungen haben. In ihrer Antwort wird die Bundesregierung gar höhnisch: »Die Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende hat nicht zu einer Zunahme, sondern zu einer Abnahme von materieller Entbehrung und gesellschaftlicher Ausgrenzung geführt. Viele Haushalte, die vor Einführung der Grundsicherung unterhalb der Sozialhilfegrenze lebten, haben jetzt höhere Einkommen.«

Tatsache ist, dass die Armut »dank« Hartz IV bei ehemaligen Arbeitslosenhilfeempfängern deutlich zugenommen hat, im Osten sogar von 45 auf 67 Prozent.

Völlig ausgeblendet wird, dass die Grundsicherung auf Berechnungen von 1999 basiert. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten hat nicht zu einer Anpassung geführt. Die Verkürzung der Bezugsdauer beim ALG I führt Menschen viel schneller unter die Grenze Existenz sichernder Einkommen.

Statt »Fördern und Fordern«, wie gebetsmühlenartig postuliert, werden Arbeitslose diszipliniert, diskriminiert und abgestraft. Hartz IV erweist sich immer mehr als Reform gegen Arbeitslose.

DIE LINKE. fordert deshalb eine grundlegende Reform der sozi-

alen Sicherung und dabei eine Evaluierung der Höhe der Grundsicherung. Die Verlängerung der Bezugsdauer beim ALG I wäre ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit. Statt weiter Leistungen zu kürzen und Druck auf Arbeitslose auszuüben, mahnt DIE LINKE. einen Ausbau der Qualifizierungsmaßnahmen an. Wie bereits der von der Bundesregierung eingesetzte Ombudsrat unter Kurt Biedenkopf forderte, will auch die Linksfraktion einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektors. Das setzt allerdings voraus, dass unter anderem die Mittel für Eingliederungsmaßnahmen von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt werden. Dass im Bundeshaushalt 2007 eine Milliarde Euro für ALG II zurück gehalten werden und damit für Qualifizierung und Beschäftigung nicht zur Verfügung stehen, ist nicht hinzunehmen.

Viele Träger – auch in MOL – warten dringend auf die Zuweisung der Mittel. Der Verdacht liegt nahe, dass die Sanierung des Bundeshaushaltes zu Lasten von Arbeitslosen erfolgen soll. Hartz IV ist Armut per Gesetz – diese Feststellung der Linkspartei hat sich bitter bestätigt.

Dr. Dagmar Enkelmann

## Das »Weißbuch 2006«

Minister Franz-Josef Jung ließ seine Offiziere ein Weißbuch schreiben. Das war zuerst geheim, nur CDU, SPD und das Internet kannten es. Jetzt ist es nicht mehr geheim. Die Frau Bundeskanzlerin hat »eine breite gesellschaftliche Debatte« darüber empfohlen. Aber keiner kennt es, denn es ist sehr dick, wenn auch mit schönen bunten Bildern. Dabei geht es um »Deutschlands Sicherheit und die Zukunft der Bundeswehr«. Welche laut Grundgesetz den Auftrag hat, die Heimat zu verteidigen. Aber weil die NVA und die Russen weg sind, gibt es keinen richtigen Feind mehr. Deshalb hat schon Herr Struck gesagt, dass unsere Soldatinnen und Soldaten jetzt die Heimat am Hindukusch verteidigen sollen. Wo Bin Laden immer noch von unseren US-amerikanischen Freunden gesucht wird. Dort gibt es Mohnfelder, die in Deutschland verboten sind. Woanders gibt es Erdöl für die Autos und Erz für die Handys. Deswegen müssen wir die »Rohstoff-

und Warenströme« schützen, steht im Weißbuch, und die größte Bedrohung sind »der Internationale Terrorismus und die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen« (die meisten haben Amerikaner und Russen). Weil die Generale nicht wissen, wie man sich davor mit der alten Bundeswehr schützen kann, wird die jetzt »transformiert«. Wie das funktioniert, wissen angeblich die Spezies im Strausberger Zentrum für Transformation, einer der »Denkfabriken« der Bundeswehr. Statt Land-, Luft- und Seestreitkräften gib es nun »Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräfte«. Die müssen statt Verteidigung den Angriff üben – mit Land-, Luft- und Seemacht. Dazu brauchen sie neue gepanzerte Fahrzeuge und Hubschrauber, statt Eurojägern Eurobomber und hochseefähige U-Boote, Freigattungen und Korvetten, mit denen man auch von See aufs Land »wirken« kann. Die modernsten und die teuersten. Herr Jung meint, dass man die UNO-Char-

ta und das Grundgesetz ein wenig ändern müsste, um »weltweit« und »präventiv« und bei Notwendigkeit auch im Innern mit der »Armee im Einsatz« die Heimat »verteidigen« zu können.

Und da wir nun wieder ein richtig großes Deutschland sind, brauchen wir auch eine leistungsfähige Rüstungsindustrie. Damit wir im Bündnis mitreden können – steht im Weißbuch.

Was aber brauchen wir wirklich: ein »Weißbuch der Friedenspolitik Deutschlands«

- über deutsche Verantwortung nach zwei Weltkriegen
- über deutsche Interessen als die Interessen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, nicht der Konzern- und Rüstungsbosse
- über die Rolle Deutschlands bei der friedlichen Bewältigung von Konflikten dieser Welt
- über Abrüstung und Konversion der Bundeswehr

Und dazu die entsprechende Politik in und außerhalb des Parlaments meint einer, der den 2. Weltkrieg noch erlebt hat.

E. Schlenker, Rehfelde



### Für Sozialticket

*Gemeinsam mit dem DGB, ver.di, dem Arbeitslosenverband Brandenburg und anderen sammelt die Linkspartei.PDS ab 1. Mai Unterschriften zur Durchsetzung einer Volksinitiative. Für einen Erfolg werden mindestens 20.000 Unterschriften benötigt.*

*Das Arbeitslosengeld II enthält für öffentliche Verkehrsmittel im Nah-/Regionalbereich 11,04 Euro. Zur Deckung der Mobilitätskosten reicht dieser Betrag nicht. Im Flächenland Brandenburg sind aber günstige Mobilitätsbedingungen zur beruflichen Neuorientierung und zur Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben für viele Menschen lebensnotwendig.*

*Die Länder Berlin und Brandenburg betreiben einen gemeinsamen Verkehrsverbund mit einem einheitlichen Tarifsystem. In Berlin gibt es das Sozialticket seit längerem. Wir finden: Gerade beim Sozialticket sollte es keine Unterschiede geben. Das Ticket soll für eine Gebietskörperschaft (Landkreis oder kreisfreie Stadt) gelten. Ticketberechtigt sollen die Menschen sein, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld (SGB II), Grundsicherung im Alter oder Sozialhilfe (SGB XII) beziehen bzw. deren Bedarfsgemeinschaften sowie Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Der Preis des Sozialtickets soll 50% der jeweiligen VBB-Umweltkarte betragen und als gleitende Monatskarte erhältlich sein.*

*Weiteres unter [www.dielinke-brandenburg.de](http://www.dielinke-brandenburg.de) oder Tel.: 0331-20009-0.*

*Anita Tack, Verkehrspolitische Sprecherin, Linksfraktion im Landtag*

Güstebieser Loose

## Bez Granic

Diesen Namen – er bedeutet: ohne Grenzen – hat eine deutsch-polnische Jury unter 66 Vorschlägen für die neue Fähr über die Oder ausgesucht. Sie soll im Mai auf dem Wasser die Reise von der Werft in Opole zu ihrem Einsatzort zwischen Güstebieser Loose und Gozdowice antreten. Zuvor wird sie voraussichtlich am 4. Mai auf der Werft getauft. Andere Zeitungen berichten, dass die Schiffstaupe anlässlich eines Fährfestes Anfang Juni stattfinden könnte. Die Arbeiten am Fähranleger haben sich auf Grund des hohen Pegelstandes der Oder verzögert. Die Fähr kann gleichzeitig sechs Autos und 20 Personen transportieren und soll den deutsch-polnischen Tourismus weiter ankurbeln.

Bad Freienwalde

## Kretschmanns Erbe

Der Nachlass der Umweltschützer Erna und Kurt Kretschmann war schon 2004 dem Land Brandenburg übertragen worden. Geplant ist nun wenige Monate nach dem Tod des Schöpfers des deutschen Naturschutzsymbols, der Waldohreule auf gelbem Grund, eine Dauerausstellung in Bad Freienwalde im »Haus der Naturpflege« und in spätestens zwei Jahren die Präsentation auch im Internet. Besonders interessant soll das bislang meist unveröffentlichte Bildmaterial sein, ebenso der Briefwechsel. Derzeit liegt der Entwurf eines Kooperationsvertrages zwischen dem Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz sowie dem Haus der Naturpflege vor. Er soll den Umgang mit Kretschmanns Nachlass regeln, der in Bad Freienwalde bleiben soll.

Brandenburg

## Alle Störche sind schon da

Fast alle der 1300 Horste im Land wurden von den »Heimkehrern« aus Afrika besetzt. Weil Brandenburg das storchenreichste Land Deutschlands ist, betreibt NABU Deutschland hier immerhin vier Storcheninformativzentren, eines davon in MOL, in Rathsdorf.

## Neuenhagen

# Zusammenarbeit kann Probleme lösen



»Regionale Wirtschaftsräume – Deutsche Kleinstaaterei? Für ein Europa der Regionen – beginnen wir vor der Haustür!« hatte der der linke PDS-nahe Offene Wirtschaftsverband von klein- und mittelständischen Unternehmern, Freiberuflern und Selbstständigen in Berlin-Brandenburg (OWUS) im März seine Diskussionsrunde in Neuenhagen benannt. Die Gäste Dagmar Pohle, Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf, der Europaabgeordnete Dr. Helmuth Markov und der Landtagsabgeordnete Ralf Christoffers (alle Linke.PDS) stellten sich dabei den Fragen der rund 40 Anwesenden.

Dabei betonten sowohl die Ge-

sprächspartner auf dem Podium als auch das Publikum, wie wichtig die Lösung der infrastrukturellen Probleme vor Ort und in der Region wäre. Dies gehe aber nur, wenn die Gemeinden, die Länder Berlin und Brandenburg sowie für die Grenzregion auch deutsche und polnische Partner vernünftig zusammenarbeiten würden.

Die Länderehe wäre wohl logische Konsequenz, wenn Berlin und Brandenburg ihre Egoismen ablegen und ihre Zusammenarbeit auf möglichst vielen Gebieten und auch in der Wirtschaftsförderung endlich verstärken würden.

Angesprochene Fragen: ob in Hoppegarten künftig ein Halt

der Ostbahn eingerichtet werden sollte, wenn es im nur wenige Kilometer entfernten Berlin-Mahlsdorf doch bereits einen solchen gibt; ob die Erweiterung von Abbiegespuren und der Ausbau von Straßen an der Ländergrenze nicht schneller gelöst werden kann. Dagmar Pohle forderte eine gemeinsame Schulplanung. Statt in Brandenburg neu zu bauen, sollte berücksichtigt werden, dass sich in unmittelbarer Nähe auf Berliner Seite häufig ebenfalls Schulen befinden.

Breiten Raum nahm die Förderpolitik ein, wobei die Unternehmer deutlich machten, dass zu viel über neue Ansiedlungen statt über Bestandssicherung geredet würde. Sie plädierten zum Beispiel für Liquiditätshilfen, da oft das Eigenkapital zur Umsetzung technischer Innovationen oder Einführung neuer Produkte fehle.

Nachfragen gab es zudem zum Arbeits- und Vergaberecht. Sowohl Ralf Christoffers als auch Helmuth Markov erklärten, dass die EU-Regelungen ausreichend Spielraum geben würden, um zum Beispiel Firmen aus der Region eine Chance zu geben. Dieser würde häufig zu wenig genutzt.

Klaus Biedka

## »Steigende Gaspreise – wie kann ich mich wehren?«

Die durch Renate Adolph organisierten Verbraucherschutzberatungen haben schon Tradition. Auch in Strausberg kamen viele, um den eingeladenen Experten Hartmut Müller zu befragen.

»Seit ich vor gut zwei Jahren meine Tätigkeit als verbraucherpolitische Sprecherin in meiner Landtagsfraktion aufnahm, habe ich mich immer wieder mit steigenden Gas- und Strompreisen auseinandersetzen müssen. Mit mehreren Anfragen, Anträgen und Gasforen wurde die Landesregierung unter Druck gesetzt. Die Landeskartellbehörde stellte schließlich bei etwa einem Drittel der überprüften Versorger überhöhte Preise fest, die teilweise zurückgenommen werden mussten«, so die Abgeordnete.

Und weiter: »RWE, Vattenfall Europe, EnBW und E.ON haben weit über 80 Prozent des Marktes unter sich aufgeteilt und diktieren den Preis, den höchsten in Europa. Erdgas für Haushalte ist allein seit Oktober 2004 fast 40 Prozent teurer geworden. Nach Überzeugung des Bundes der Energieverbraucher kassieren die deutschen Energiekonzerne Milliarden zu Unrecht. Verbraucherschützern sind die Preise um 30 Prozent zu hoch. Allein in Brandenburg gibt es Preisunterschiede von 30 bis 40 Prozent. Der Verweis auf erhöhte Preise auf dem Welt-Energie-Markt reicht also nicht aus. Auch gibt es für die oft von den Gasanbietern verwendete Begründung einer Koppelung von Gas- und

Ölpreis keine gesetzliche Grundlage.

Bisher ist kein Widerspruchsverfahren gegen Verbraucher entschieden worden, weil sich die Gasanbieter nicht in die Karten gucken lassen wollen. Kunden, denen die ständig steigenden Gaspreise zu hoch erscheinen, sollten den bisherigen Betrag von Ende 2004 bezahlen und Widerspruch einreichen. Ihnen darf trotz Mahnungen und Drohungen nicht der Hahn abgedreht werden. Günter Lecher aus Neutrebbin machte den Besuchern Mut. Er hat es außergerichtlich geschafft, dass die EWE seiner Argumentation und damit geringeren Gaspreisen zustimmte.

Uwe Hädicke

# Bürgermeisterwahl in Altlandsberg

**DIE LINKE.PDS ist dabei**



Klaus Otto, parteilos, tritt für die DIE LINKE.PDS zur Bürgermeisterwahl am 10. Juni 2007 in Altlandsberg an. Warum? Die Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei waren sich einig, diesmal stellen wir einen eigenen Kandidaten. Dazu verpflichten uns geradezu die sich stetig verbessernden Wahlergebnisse, die DIE LINKE. in den letzten Jahren in der Stadt Altlandsberg und ihren 6 Ortsteilen Altlandsberg, Bruchmühle, Buchholz, Gielsdorf, Wegendorf und Wesendahl erzielte. Ihre Stimme gaben der Linkspartei zu den

Kommunalwahlen 2003 13,2% der Bürger, zu den Europawahlen 2004 37,35% und zu den Bundestagswahlen 2005 29,4% aller Altlandsberger. Das verdanken wir nicht zuletzt der guten Arbeit unserer Basisorganisation, unseren zwei Stadtverordneten, die 2003 nach langer Abstinenz wieder in der Stadtverordnetenversammlung Altlandsberg einen Platz einnehmen konnten sowie den berufenen Bürgern, die in allen Ausschüssen mitwirken. Sie alle bringen sich redlich und ehrlich mit immer neuen Gedanken, Vorschlägen und konkretem Handeln für die Bürger ein. Das spricht sich rum und wird anerkannt. Nun also galt es, einen Kandidaten für das hauptamtliche Bürgermeisteramt zu suchen und zu finden. Wir sind der Meinung, die Bürger unserer Stadt Altlandsberg haben einen Bürgermeister verdient, der fähig und in der Lage ist, die guten Ergebnisse fortzusetzen und neue, positive Erfahrungen anderer Kommunen anzuwenden. Dazu braucht es Sachverstand, Kenntnis der Verwaltungen, Äm-

ter und Behörden in Brandenburg und deren Arbeitsweise. Er muss wissen, welche Befindlichkeiten die Menschen in der Region haben, vertrauenswürdig und konsequent sein. In Klaus Otto, Jahrgang 1950, fanden wir diesen Mann, der über umfangreiche Erfahrungen in der Kommunalpolitik verfügt, denn er war von 1993 bis 2004, also 11 Jahre, Amtsdirektor im Amt Hoppegarten. Er hat die erforderliche Ausbildung in Verwaltung und Recht, die Qualifikation für den höheren Dienst und ist einer von hier. Jetzt ist er ununterbrochen unterwegs, um die Stadt, die Ortsteile und möglichst viele Bürger kennen zu lernen. Wir als Mitglieder der Basisorganisation Altlandsberg unterstützen ihn dabei an allen Tagen der Woche und stellen fest, dass er sich die genaue Kenntnis der Lage zielstrebig erschließt. Wir hoffen, dass die Bürger unserer Stadt ihn wählen und ihm die Chance geben, für sie und mit ihnen zu arbeiten!

*Eva Rohmann*

## »Benütze Photo als Waffe«

**John Heartfield im LinksTreff**

Klassenkampf muss auch in der Kunst geführt werden. Für John Heartfield war dies Herzensache und eine selbstgewählte Berufung.

Er wurde 1891 unter dem Namen Helmut Herzfelde in Berlin geboren und nahm aus Protest gegen nationalistische und antibritische Parolen den Namen John Heartfield an. Sein Eintritt in die KPD im Jahr 1919 bestimmte sein ganzes Leben bis zu seinem Tod 1968. Er schloss sich der dadaistischen Szene an, er zerriss die scheinbar heile Welt und baute sie neu zusammen. Heartfield setzt Fotos aus unterschiedlichen Zeitungen gegeneinander, fügt einen griffigen Satz oder ein kurzes Zitat hinzu und deckt so die herrschenden Widersprüche auf. Die Fotomontage ist ihm Mittel zur Aufklärung und Aufruf zum Handeln. Sein Kommentar zu dieser Art von Kunst: »Um klar zu sehen, genügt oft ein Wechsel der Blickrichtung«. John Heartfields Fotomontagen wurden massenhaft

vervielfältigt und verbreitet: Sie erschienen in linken Zeitungen und Zeitschriften, auf Plakaten und Buchumschlägen. Ein herausragendes Beispiel ist Tucholskys Bilderbuch »Deutschland, Deutschland über alles!«

Die Kombination der Satiren des Zeitkritikers und Moralisten Kurt Tucholsky (1890-1935) mit den Fotomontagen von Heartfield stellten einen radikalen Angriff auf den deutschen Militarismus, das kapitalistische Wirtschaftssystem, die Klassenjustiz und das Anwachsen reaktionärer, nationalistischer und faschistischer Strömungen dar. Das Zusammenwirken von entlarvenden sowie anklagenden Bildern und Texten löste einen heftigen Sturm der Entrüstung beim politischen Gegner aus. Kunst wurde Waffe!

An Aktualität haben seine Werke nichts eingebüßt. Das immer stärkere Auseinanderdriften der Gesellschaft in Arm und Reich, die HARTZ – Gesetzgebung, die Rente mit 67 oder die sogenann-

te Gesundheitsreform sind dafür Beispiele. In einer seiner Arbeiten hatte er den Kapitalismus bereits vor Jahrzehnten genauso beschrieben. Links auf einem Podest ein Modell in kostbarem Spitzenkleid. Vorne rechts ein Mann, um den Hals ein selbstgemaltes Schild: »Nehme jede Arbeit an«. Darunter die Zeile: »Spitzenprodukte des Kapitalismus.«

Neugierig? Die Ausstellung wurde am 30.4. im »LinksTreff am Tor« von Dr. Dagmar Enkelmann und Kerstin Kaiser eröffnet und ist bis zum 31.5. dort zu sehen. Die Ausstellung ist ein Gemeinschaftswerk des Kreisverbandes der Linkspartei.PDS, des Vereins zur Förderung alternativen Denkens bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme (kurz LinksTreff e.V.) und der Wahlkreisbüros. Besonderer Dank gilt dem Freundeskreis John Heartfield in Waldsiefersdorf unter der Leitung von Manfred Werner.

*Bernd Sachse*

## Stellungnahme des Landkreises MOL zur laufenden Novellierung des brandenburgischen Kita-Gesetzes

*Die Kreistagsabgeordnete Kerstin Kaiser hatte vor parlamentarischer Behandlung des Themas im Landtag die Kreisverwaltung gefragt:*

- Welche Position hat sie zum vorliegenden Gesetzentwurf?
- Welche Position bezieht sie zum Vorschlag, die Einschränkung des Rechtsanspruchs für Kinder nichterwerbstätiger Eltern bis zum Ende des Grundschulalters wieder aufzuheben?
- Hält die Kreisverwaltung den jetzt geltenden Personalschlüssel für ausreichend, um die Sprachförderung in den Kita zu realisieren?

*Antwort:*

*Der Gesetzestext geht nur von der Aufhebung der Einschränkung des Rechtsanspruches der Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr aus.*

*Die Einführung des Bestandschutzes für Kinder dieser Altersstufe nach Wegfall der Anspruchsvoraussetzung wird begrüßt, da im Interesse des Kindeswohls vermeidbare*

*Abbrüche der Betreuungssituation (auch mehrmals im Jahr) und pädagogische und soziale Nachteile vermieden werden. Gleichzeitig muss seitens des Landkreises darauf hingewiesen werden, dass mit der Einführung des Bestandsschutzes sich die Ausgaben für die Kita-Betreuung für die Kreisverwaltung MOL erhöhen werden!*

*Es wird angezweifelt, dass mit dem geltenden Personalschlüssel die kontinuierliche Sprachförderung in den Kitas gesichert werden kann. Die zusätzliche Finanzierung wird nicht ausreichen, um die dafür erforderlichen personellen Bedingungen (einschl. der notwendigen Vor- und Nachbereitungszeit) zu schaffen. Da der gem. § 10 KitaG erforderliche Personalschlüssel im Regelbedarf sehr knapp bemessen ist, gibt es gegenwärtig bereits bei Ausfallzeiten Probleme, den tatsächlichen Erfordernissen gerecht zu werden.*

*Lutz Amsel, Beigeordneter und Fachbereichsleiter, März 2007*

**LINKE-Bürgerbüros  
der Abgeordneten**

■ **Dagmar Enkelmann – MdB**  
15344 Strausberg, Wallstraße 8  
Mitarbeiter: Bernd Sachse  
Tel.: 0 33 41 / 30 39 84  
Fax: 0 33 41 / 30 39 85  
Mo. – Do. 9.00 – 16.00 Uhr  
Freitag nach Vereinbarung  
dagmar.enkelnmann@wk.bundestag.de

■ **Kerstin Kaiser – MdL**  
15344 Strausberg, Wallstraße 8  
Mitarbeiterin: Helga Burgahn  
Tel.: 0 33 41 / 49 77 11  
Fax: 0 33 41 / 30 39 85  
Mo. – Do. 9.00 – 17.00 Uhr  
info@kerstin-kaiser.eu

■ **Wolfgang Heinze – MdL**  
15306 Seelow, Fichtenweg 4  
Mitarbeiter: Uwe Hädicke  
Tel.: 0 33 46 / 88 41 21  
Fax: 0 33 46 / 88 41 59  
Mo. 8.00 – 10.00 Uhr  
oder nach Vereinbarung  
heinze-seelow@web.de

■ **Gerlinde Stobrawa – MdL**  
16259 Bad Freienw., Grünstr. 8  
Mitarbeiter: Joachim Fiedler  
Tel.: 0 33 44 / 30 13 55  
Mo. – Mi. 9.00 – 13.00 Uhr  
Do. 9.00 – 17.00 Uhr  
Fr. 9.00 – 12.00 Uhr

■ **Renate Adolph – MdL**  
15366 Hoppegarten, OT Hönow  
Mahlsdorfer Str. 61 / HEP  
Mitarbeiterin: Helga Hummel  
Tel.: 030 / 99 27 47 49  
Fax: 030 / 99 27 47 43  
Mo., Mi., Do. 14.00 – 18.00 Uhr  
renate@adolph.de



**Eine andere Welt ist möglich,  
wenn wir Druck machen.  
Beteilige Dich an der  
Protestwoche gegen den  
G8-Gipfel in Heiligendamm!**

**Weitere Informationen, insbesondere zu den  
genauen Veranstaltungsorten, findet Ihr auf  
der Seite der Organisatoren der Proteste unter  
[www.heiligendamm2007.de](http://www.heiligendamm2007.de) und auf unserer  
Kampagnenhomepage unter  
[www.gipfelproteste-dielinke.de/](http://www.gipfelproteste-dielinke.de/)**

Mitfahrgelegenheiten zu den einzelnen Aktionen  
werden organisiert. Während der ganzen Zeit gibt  
es ein Camp zum Übernachten.

**Was sind die G8?**

Der Gruppe der Acht (G8) gehören mit Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland und den USA die führenden Wirtschaftsnationen der Welt an. Seit 1977 nimmt auch die Europäische Gemeinschaft (seit 1998 die EU) an den regelmäßigen Zusammenkünften teil.

In den Staaten der G8 leben nur 13 Prozent der Weltbevölkerung, aber sie haben einen Anteil von 65 Prozent am weltweiten Bruttonationaleinkommen, von 44,5 Prozent am Welthandel und von über 70 Prozent an der weltweiten Rüstungsproduktion. 79 Prozent der multinationalen Konzerne sowie acht der weltweit größten Banken haben ihren Hauptsitz in den Staaten der G8.

Die G8 zeichnen sich durch ihren Club-Charakter aus; ihre Treffen sind exklusiv und von informeller Natur. Die Mitglieder der G8 übernehmen im Rotationsprinzip jeweils für einen Zeitraum von einem Jahr den Vorsitz innerhalb dieses Gremiums. Neben den Ministertreffen gibt es auch regelmäßige Zusammenkünfte der Staats- und Regierungschefs, die so genannten G8-Gipfel, welche von einem großen öffentlichen Interesse begleitet werden.

*Du willst Dich an der Kampagne beteiligen?  
Oder Du möchtest Material zugeschickt bekommen?  
Melde Dich einfach bei:*

*Lars Kleba, Bundesgeschäftsstelle der Linkspartei,  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
lars.kleba@linkspartei.de*

*Christine Buchholz, WASG Bundesvorstand  
Schumannstraße 2, 10117 Berlin  
christine.buchholz@wasg-intra.net*



**LINKE-Geschäftsstellen**

■ **STRAUSBERG**  
Große Straße 76  
15344 Strausberg  
Tel.: 0 33 41 / 31 17 96  
Fax: 0 33 41 / 31 47 75  
[www.pds-mol.de](http://www.pds-mol.de)  
**Öffnungszeiten:**  
Mo. – Do. 8.00 – 12.00 Uhr

■ **SEELOW**  
Breite Straße 9, 15306 Seelow  
Tel./Fax: 0 33 46 / 4 17  
[www.pds-seelow.de](http://www.pds-seelow.de)  
**Öffnungszeiten:**  
Mo. und Mi. 9.00 – 12.00 Uhr  
Di. 9.00 – 12.00 Uhr  
15.00 – 17.00 Uhr

■ **BAD FREIENWALDE**  
Grünstraße 8  
16259 Bad Freienwalde  
Tel./Fax: 0 33 44 / 34 66  
**Öffnungszeiten:**  
Di. 9.00 – 11.30 Uhr  
14.00 – 16.00 Uhr

**TERMINE – VERANSTALTUNGEN – AUSSTELLUNGEN MAI 2007**

**5., 16 Uhr,** Haus der Naturpflege, Bad Freienwalde: Geführter Garten- und Museumsrundgang  
**6., 10 Uhr,** Ehrendes Gedenken für die gefallenen Sowjetsoldaten, Woltersdorf, Thälmannplatz  
**8., 16 Uhr,** Stille Kranzniederlegung, Ehrenmal vor'm Schloss, Neuhardenberg;  
**16.30 Uhr,** Stille Kranzniederlegung, Ehrenmal Gusow;  
**17 Uhr,** Stille Kranzniederlegung, Gedenkstätte Seelow  
**18 Uhr,** Stille Kranzniederlegung, Gedenkstätte Bad Freienwalde

Gedenkstätte Bad Freienwalde  
**10., 10 Uhr,** Lesung »Verbrannte Bücher« Gymnasium Bad Freienwalde mit Gerlinde Stobrawa (MdL) und Marco Büchel  
**11., 17-24 Uhr,** „Bunte Farben gegen braunen Dunst – Konzert gegen Rechts«, Breite Str. 9; ab 12 Uhr Workshops – Infos/Anmeldung dazu unter morla\_48\_49@hotmail.com, Eintritt frei!, Veranstalter: Jugendzentrum FRIZZ Seelow und VERBALE FAUST aus Strausberg

**16., 10-16 Uhr,** »Fraktion vor Ort« – Infotour der Bundestagsfraktion DIE LINKE., Strausberg, Am Landsberger Tor, mit Dagmar Enkelmann  
**30., 14.30 Uhr,** Tourismuskonferenz mit Dagmar Enkelmann; »Johst am See«, Bollersdorf/Buckow,  
**2.6., 16 Uhr,** Haus der Naturpflege, Bad Freienwalde: Geführter Garten- und Museumsrundgang  
**22.6., 19 Uhr,** Prof. Dr. Lothar Bisky Vorsitzender der Linkspartei.PDS in der Arche Neuenhagen

**IMPULSE**

[www.pds-mol.de](http://www.pds-mol.de)

**Herausgeber:**  
Kreisvorstand der Linkspartei.PDS – MOL  
Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg.

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung sinnwährend redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.  
Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Christine Hempel,  
01 73 / 6 14 00 67 · [hempel@typegerecht.de](mailto:hempel@typegerecht.de)

Redaktionsschluss: 16. April 2007

**Gesamtherstellung:**  
SLC-GmbH, Badstraße 2, 15344 Strausberg  
0 33 41 / 30 94 05 · [info@slc-gmbh.de](mailto:info@slc-gmbh.de)